



Interviews

Datum: 11. Januar 2024

Achim Post im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Wie ist die Stimmung bei der SPD und was bezweckt sie mit der Reform der Schuldenbremse, die, wie gerade gehört, faktisch unmöglich ist, weil die Mehrheiten dafür fehlen? – Dazu kann ich jetzt sprechen mit Achim Post, SPD-Landesvorsitzender in NRW, außerdem SPD-Bundestagsfraktionsvize, zuständig für Haushalt, Finanzen, Europa. Guten Morgen!

Achim Post: Schönen guten Morgen! – Ich grüße Sie.

Grunwald: Herr Post, wie wollen Sie das eigentlich totgerittene Pferd, nämlich eine Reform der Schuldenbremse voranbringen, wenn Ihr Koalitionspartner FDP so strikt dagegen ist und vor allem auch Kanzler Scholz (SPD) klar nicht mit im Boot sitzt?

Post: Na ja. Sagen wir mal so: Wir haben auf dem Parteitag angefangen, diese Debatte zu intensivieren, und wir werden auf der Klausurtagung heute und morgen weiter über eine Reform der Schuldenbremse reden, weil wir der Ansicht sind, dass nach 15 Jahren Schuldenbremse es nötig ist, über eine grundlegende Reform und eine Modernisierung zu reden, und ich denke, dass das nötig und möglich ist.

Grunwald: Sie sagen, Sie denken, dass es möglich ist, aber Ihnen fehlen die Mehrheiten. Die Frage zielte darauf ab, wie setzt man das durch, wenn noch nicht mal der Kanzler (SPD) dafür ist.

Post: Mit dem Kanzler sind wir darüber als Fraktion ja seit langem in intensiven Debatten. Das sehe ich anders, dass der da eine ganz andere Position hat. Wir reden ja nicht darüber, die Schuldenbremse abzuschaffen, sondern wir reden darüber, sie zu modernisieren und zu reformieren. Politik ist ein dynamischer Prozess. Zu Beginn eines jeden Jahres – Sie haben vorhin verwiesen auf die Klausurtagungen der anderen Parteien – muss jede Partei erst mal markieren, was die eigene Zielrichtung ist. Das machen wir und ich bin zuversichtlich, dass wir nach und nach auch unsere Koalitionspartner, vor allen Dingen den liberalen Koalitionspartner überzeugen können.

Grunwald: Wenn Sie sagen, Sie sind da mit Kanzler Scholz schon längst im Austausch und Sie sehen das eigentlich nicht so negativ, wie genau steht denn nun Kanzler Scholz zu einer Reform? Sagt der ganz klar, ja, wir brauchen eine Reform der Schuldenbremse?

Post: Wenn wir mit ihm reden, ist es so, dass wir darüber reden, wie können wir eigentlich in Deutschland, einem großen Land, der größten Volkswirtschaft in Europa, deutlich mehr investieren als bisher. Denn man muss sich ja nicht darüber wundern – das ist der Kern der Debatte -, dass die Bahn zu spät kommt, dass wir zu wenig Geld in die Bildung stecken, dass wir bei einem wettbewerbsfähigen Industriestrompreis nicht so richtig vorankommen, dass die deutsche Wirtschaft Letzter beim Wachstum ist. Man kann kein Wachstum generieren und keine Zukunftsinvestitionen, wenn man die Schuldenbremse nicht reformiert, und zwar A grundlegend - das ist das, was wir gerade besprochen haben; das ist eher ein längerfristiger Prozess – und B auch kurzfristig für dieses Jahr 2024.

Grunwald: Nämlich wie?

Post: '24 bin ich weiter dafür, dass wir angesichts der wirklichen Notlagen, in denen wir sind, und zwar in mehrfachen Notlagen – wir reden über zwei Kriege, in der Ukraine und im Nahen Osten, wir haben eine Hochwassersituation in der Hälfte aller Bundesländer in Deutschland, wir haben die Kosten der Hochwasserkatastrophe aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, wo wir weiter investieren müssen. Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass man die Schuldenbremse auch '24 aussetzen muss, und die Debatten darüber in der Koalition laufen ja.

Grunwald: Das ist der eine Punkt, die Aussetzung der Schuldenbremse konkret für 2024. Aber ein ganz anderer Punkt ist die langfristige Reform einer Schuldenbremse. Ich komme noch mal darauf zurück: Es war ein SPD-Politiker, der damalige SPD-Fraktionschef Peter Struck, der die Schuldenbremse maßgeblich in die Verfassung verhandelt hat. 2009 war das. Können oder wollen die heutigen Sozialdemokraten sich daran nicht mehr erinnern?

Post: Doch, wir erinnern uns natürlich daran, zumal es ja nicht nur Peter Struck war, sondern die SPD hat insgesamt dafür gestimmt, dass es diese Schuldenbremse gibt. Das war eine Debatte vor 15 Jahren, Sie werden sich erinnern, als es gerade um die Frage Griechenland ging, die Euro-Krise, hohe Schuldenstände in einzelnen europäischen Ländern, auch ein höherer Schuldenstand in Deutschland als jetzt. Jetzt, 15 Jahre später, gibt es andere Herausforderungen und jemand, der auch mit dabei war, Peer Steinbrück, ehemaliger Finanzminister, sagt jetzt, die jetzige Schuldenbremse ist erkennbar nicht mehr

zeitgemäß, war, glaube ich, sein Zitat. Er weist auf den extrem hohen Investitionsbedarf hin. Die Zeiten haben sich geändert. Was vor 15 Jahren möglicherweise richtig war, muss heute nicht richtig sein und muss angegangen werden.

Grunwald: Ich komme noch mal darauf zurück. Woran machen Sie fest, was lässt Sie daran glauben, dass eine Reform der Schuldenbremse in absehbarer Zeit Erfolg haben könnte, wenn die Unterstützung durch den SPD-Kanzler nicht so ganz klar ist, der Koalitionspartner FDP ganz klar dagegen ist und auch die Union – Sie bräuchten ja eine Zwei-Drittel-Mehrheit, um das Ganze durchzubringen; Sie sind in dem Fall auf die Stimmen der Union angewiesen – sagt, nein? Woran machen Sie fest, dass eine Reform tatsächlich kommen könnte?

Post: Erst mal ist das, was wir jetzt hier beschließen, was wir heute sehr wahrscheinlich beschließen werden – ich will die Debatte nicht vorwegnehmen -, ein Prozess, der angestoßen wird. Da Ihnen der Antrag oder der Antragsentwurf ja vorliegt, sehen Sie, dass wir erstmal damit anfangen. Wir wollen die ökonomischen Rahmenbedingungen evaluieren. Wir wollen gucken, welche Investitionsbedarfe gibt es in Deutschland. Wir wollen uns die rechtlichen Rahmenbedingungen angucken. Wir wollen es vergleichen mit anderen Ländern, denn Deutschland ist ja ein Sonderfall, was die Schuldenbremse angeht. Gucken Sie sich mal die anderen G7-Länder an. Niemand hat eine solche strikte Regelung wie wir.

Grunwald: Aber, Herr Post, Sie holen jetzt aus, was Sie sich alles anschauen wollen. Meine Frage war: Was lässt Sie daran glauben, dass eine Reform der Schuldenbremse in absehbarer Zeit Erfolg haben könnte?

Post: Ich setze weiter – das ist, glaube ich, deutlich geworden – auf die Kraft des Arguments und auch auf eine Zeit, in der mehr investiert werden muss. Über den Kanzler haben wir gerade geredet. Wir sind in intensiven Kontakten. Das ist eher ein Bundeskanzler, der sich jede Frage ganz genau anguckt, Vor- und Nachteile abwägt. Da bin ich sehr zuversichtlich. Dass Herr Lindner als Bundesfinanzminister jetzt erst mal eine andere Position hat, das ist nicht verwunderlich. Die Debatten hatten wir schon in den Koalitionsverhandlungen. Aber auch Herr Lindner ist ja jemand, der sehr pragmatisch vorwärtsgehen kann, und ich kann mir nicht vorstellen, dass man sich einer Debatte darüber, wie man eigentlich mehr investieren kann in Deutschland, völlig verwehren kann. Und dass die Union zurzeit einen ganz, na ja, eigentümlichen Kurs fährt, weil sie jetzt denkt, kurzfristige Gewinne in Umfragen zu erzielen, das ist ja allgemein bekannt, weil die sagen auf der einen Seite, wir müssen überall mehr Geld ausgeben, und auf der anderen Seite, wir müssen aber strikt die Schuldenregel einhalten. Das ist in der Tat keine ordentliche Politik.

Grunwald: Herr Post, schauen wir auf die aktuellen Bauernproteste. Die hängen ja mit dem Haushalt 2024 zusammen. Eine Maßnahme, um das 17 Milliarden Euro Loch im Haushalt '24 zu schließen, sind die geplanten Kürzungen beim Agrardiesel. Ursprünglich sollte auch die Befreiung von der Kfz-Steuer bei Traktoren wegfallen; davon ist man wieder abgerückt – ein erstes Zugeständnis an die Bauern. Wird man beim Haushalt '24 noch weiter einknicken und weitere Zugeständnisse an die Bauern machen?

Post: Es geht ja nicht um Einknicken, sondern es geht darum, sich anzugucken, wenn es zu diesen Sparmaßnahmen insgesamt im Bundeshaushalt kommt, dass man das dann gerecht verteilt und dass man nicht einige Gruppen einseitig belastet. Aus meiner Sicht war das ein wirklich gutes Vorgehen der Bundesregierung, noch mal genau draufzugucken, jetzt auf die Abschaffung der Begünstigung beim der Kfz-Steuer für Forst und Landwirtschaft komplett zu verzichten und bei der Abschaffung der Steuerbegünstigung beim Agrardiesel es nicht in einem Schritt zu vollziehen.

Grunwald: Aber so weit sind wir ja schon, Herr Post. Ich fasse noch mal zusammen: Kanzler Scholz will an den Kürzungen beim Agrardiesel festhalten. Das ist ganz klar. Gleich vier SPD-Ministerpräsidentinnen und Präsidenten fallen ihm dabei in den Rücken, stellen sich auf die Seite der Bauern und sagen, es dürfe gar keine Kürzungen beim Agrardiesel geben. Was sagt das über die Stimmung und die Einigkeit in der SPD aus?

Post: Da muss ich mal sagen, das liegt in der Natur der Sache. Ich war auch dafür, dass man die bisherigen Vorschläge, die jetzt verändert wurden, was die Landwirtschaft angeht, verändert, deutlich verändert. Dieser Schritt ist vollzogen, man geht auf die Landwirte zu, man ist in Gesprächen. Wir sind alle in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Landwirte. Dass Ministerpräsidenten verschiedener Bundesländer, auch großer Agrarländer ihre Positionen markieren, ist bei einem solchen Prozess völlig normal.

Grunwald: Sie sagen, das ist völlig normal, aber man kann auch sagen, die SPD hat mit vielem aktuell zu kämpfen, Stichwort Stimmung. Führende SPD-Politiker stellen sich gegen den eigenen Kanzler. Es gibt sinkende Umfragewerte für die Partei. In Sachsen lag die SPD zuletzt bei drei Prozent. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA im Januar für die „Bild“-Zeitung wünschen sich 64 Prozent der Deutschen lieber Bundesverteidigungsminister Pistorius als Kanzler statt Scholz. Sie auch?

Post: Nein! – Olaf Scholz ist Bundeskanzler. Mit Olaf Scholz haben wir die Wahlen gewonnen. Mit Olaf Scholz werden wir auch die nächsten Wahlen gewinnen. Dass wir jetzt

zu Beginn eines solchen Jahres mit der Europawahl, mit vielen Kommunal- und Landtagswahlen, mit zwei wirklich enormen Herausforderungen, was die Lage in der Ukraine und im Nahen Osten angeht, und zusätzlich mit diesen Hochwassern und dem Urteil des Verfassungsgerichts in einer Situation sind, wo man genau überlegen muss, wie es weitergeht, und dass das nicht durch Umfragehochs begleitet wird, finde ich jetzt nicht weiter verwunderlich. Entscheidend ist, was wir jetzt machen, und deswegen sind die Klausurtagungen, die wir jetzt als Bundestagsfraktion in Brüssel angefangen haben mit der Fraktionsführung und heute weiterführen werden mit der gesamten Fraktion, elementar wichtig. Ich bin zuversichtlich, dass wir diese schwierigen Aufgaben meistern werden.

Grunwald: Sie halten auch die Kommunikation von Kanzler Scholz für richtig?

Post: An der Kommunikation kann man immer was verbessern. Es ist klar, dass gerade in Zeiten wie diesen, wo wir nicht mehr drei Fernsehkanäle haben, sondern 200, wo wir Social Media haben, dass es da einen höheren Aufregungspegel gelegentlich gibt. Das ist logisch. Es kommt darauf an zu markieren, was will die SPD, wie wollen wir in dieses Wahljahr starten, und ich glaube, dass wir da zuversichtlich und mit Kraft ans Werk gehen können.

Grunwald: Werden Sie sagen, Kanzler Scholz ist nicht angezählt in der eigenen Partei?

Post: Auf keinen Fall!

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.